

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 1

Ausgegeben am 1. Oktober 1920

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Zur Programmrevision

Von Heinrich Cunow

»Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme.« (Mary in einem an Bracke gerichteten Briefe vom 5. Mai 1875.)

»Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzise als möglich zu sein. Selbst wenn auch einmal ein Fremdwort oder ein nicht auf den ersten Blick in seiner ganzen Tragweite zu erfassender Satz vorkommt, schadet das nichts. Der mündliche Vortrag in den Versammlungen, die schriftliche Erklärung in der Presse tut da alles Nötige, und der kurze, prägnante Satz besiegt sich dann, einmal verstanden, im Gedächtnis, wird Schlagwort.« (Engels in seiner Kritik des Programmentwurfs 1891, Neue Zeit, 20. Jahrgang, 1. Band, S. 5.)

Um der Beratung der Programmfragen auf dem bevorstehenden Parteitag zu Kassel eine gewisse Grundlage und Zielrichtung zu geben, hat der Parteivorstand von einer Reihe bekannter Parteigenossen Gutachten und Vorschläge zum neuen Programm eingefordert und diese, zu einer Schrift vereinigt, im Verlag der Berliner Vorwärtsbuchhandlung erscheinen lassen,¹ ein praktisches Verfahren, das nicht nur geeignet ist, die Debatten in Kassel inhaltlich zu konzentrieren und abzukürzen, sondern das auch der großen Masse der Parteigenossen ermöglicht, sich schon vor der Tagung mit den verschiedenen Vorschlägen bekanntzumachen und daher der Programmdebatte in Kassel mit größerem Verständnis zu folgen.

Im ganzen sind fünfundzwanzig gutachtliche Äußerungen eingegangen, die die verschiedenartigsten programmatischen Fragen betreffen: die politische Verfassung und Staatsverwaltung der neuen deutschen Republik und ihrer Gliedstaaten, Wirtschaftspolitik und Sozialisierung, Frauenfrage, Staat und Kirche, öffentliche Rechts- und Gesundheitspflege, Arbeiterschutzgesetzgebung, Wohnungsfrage und Bodenspekulation, Steuerfrage, Kommunalpolitik usw. Nur über die Agrarfrage hat sich keiner der Gutachter geäußert, und ebensowenig hat einer der Beitragslieferer den Versuch gemacht, als Einleitung in die praktischen Forderungen eine ähnliche Formulierung unserer theoretischen Grundauffassungen auszuarbeiten, wie sie das Gothaer und das Erfurter Parteiprogramm enthält. Genosse Karl Vorländer beschäftigt sich zwar in der Abhandlung, die er zum Programmbuch beigezeichnet hat, mit den »philosophischen Grundlagen unseres Parteiprogramms«; aber er stellt weder bestimmte theoretisch-programmatische Grundsätze noch daraus abgeleitete Forderungen auf, sondern beschränkt sich darauf, den Zu-

¹ Das Programm der Sozialdemokratie. Vorschläge zu seiner Erneuerung. Berlin 1920, Buchhandlung Vorwärts. 176 Seiten.

sammenhang verschiedener sozialistischer, richtiger marxistischer Anschauungen mit der deutschen klassischen Philosophie, besonders mit Kant und Hegel, nachzuweisen.

Da der Versuch sehr verlockend war, nach dem Schema des Erfurter Programms auch dem neuen Programm eine unsere Ansichten über Richtung und Ziel der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung kurz skizzierende theoretische Einleitung voraufgehen zu lassen, so vermag ich nur anzunehmen, daß die Gründe, die mich bestimmt haben, mich im Heft 16 (vom 16. Juli 1920) gegen die Abfassung eines sogenannten neuen theoretischen Programmteils auszusprechen, in weiteren Parteikreisen Zustimmung gefunden haben, oder daß, soweit einzelne Gutachter sich daran gemacht haben, entsprechende Vorschläge auszuarbeiten, sie bei der Arbeit bald von ihrem Vorhaben zurückgekommen sind.

In einigen Parteiblättern haben freilich meine Ausführungen über den theoretischen Teil des Erfurter Programms Einwände und Bedenken ausgelöst. Daß manche Sätze dieses Programmteils veraltet und wissenschaftlich nicht mehr haltbar sind, wird allgemein zugegeben; aber, so heißt es, für die Aufstellung eines Aktionsprogramms sei doch in erster Linie das Ziel, das wir erreichen wollen, maßgebend; denn die Gemeinschaftlichkeit des Strebens und Wollens für die nächste Zeit setze ein Einverständnis über das sogenannte Endziel, das erreicht werden soll, voraus. Nur aus einer allgemeinen gleichen Grundanschauung heraus ließen sich daher allgemein verbindende Regeln für die politischen Aktionen der Partei in den nächsten Jahren festlegen; wäre aber das der Fall, dann müßten diese gemeinsamen Grundanschauungen auch ihren entsprechenden Ausdruck im Programm finden usw.

Diese Argumentation übersieht, worum es sich unter den heute gegebenen Umständen handelt. Ich bin mir nicht bewußt, ein Feind der Theorie, auch nicht eines ferne Ziele weisenden, feste Grundanschauungen vertretenden theoretischen Programms zu sein, und ich hoffe, daß auch unsere Partei in nicht zu ferner Zeit wieder zur Formulierung ihrer theoretischen Grundauffassungen in einem Lehrprogramm kommen wird; aber Voraussetzung dafür ist eine gewisse allgemeine Einheitslichkeit und Übereinstimmung der Grundauffassungen, und diese Voraussetzung ist meines Erachtens heute nicht vorhanden. Widersprechende theoretische Grundauffassungen aber nur, um ein nach allen Richtungen ausgebautes, möglichst vollständiges Parteiprogramm zu haben, zu einem Kompromiß zusammenzufassen, hat keinen Zweck, denn die Sicherheit und Einheitslichkeit der Parteibewegung wird dadurch nicht gefördert; im Gegenteil tauchen, sobald die verschiedenen Auffassungen irgendwo bei einer Frage in Konflikt miteinander geraten, sofort die bekannten Programmstreitigkeiten auf. Ein theoretisches Programm hat meines Erachtens, wie ich schon in dem vorerwähnten Artikel »Zur Kritik des Erfurter Parteiprogramms« ausgeführt habe, nur dann einen Zweck, wenn es »von dem Verständnis der großen Mehrheit der Parteianhängerschaft getragen wird, das heißt gewissermaßen nur der theoretische Ausdruck ihres Erkenntnisstandes ist«.

Wohl ist es nötig, daß eine Partei bei der Festsetzung eines Aktionsprogramms ihr Ziel fest im Auge behält; denn die einzelnen Forderungen eines solchen Programms müssen in der Richtung des Zieles liegen, stellen

sie doch gewissermaßen nur Etappenforderungen auf dem Wege zum Ziele dar. Dieses Ziel ist für uns die Durchführung einer auf einer sozialistischen Wirtschaftsordnung beruhenden Gesellschaft, also die Überführung der heutigen in Privathänden befindlichen Produktionsmittel (Grund und Boden, Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Transportmittel usw.) in gemeinschaftlichen Besitz. Darüber dürften sich wohl so ziemlich alle Parteigenossen einig sein. Aber ein theoretisches Programm, das sich einfach auf die Formulierung dieses gemeinsamen Zieles beschränkt, wäre in seiner Gemeinpläßlichkeit nur ein primitives ideelles Rudiment. Für unsere Theorie und Taktik kommt es nicht nur auf das ferne Ziel an, sondern auch auf den Weg zum Ziel, auf die Frage, wie wir das Ziel erreichen, welche Entwicklungsrichtung also die heutige Gesellschaft nimmt. Und diese Frage wieder hängt mit der anderen zusammen: Welche Bedingungen hat die bisherige Entwicklung für den Fortschritt zu unserem Ziel hervorgebracht und welche Richtung muß demnach gemäß diesen Bedingungen eingehalten werden? Sind wir uns aber über diese Fragen ebenso einig wie über das Ziel, das wir zu erstreben haben?

Wer behauptet wohl, der theoretische Teil des Erfurter Programms sei deshalb veraltet, weil er ein unrichtiges Ziel als erstrebensnötig hinstellt? Niemand! Die Veraltung liegt darin, daß einerseits das Erfurter Programm von Annahmen ausgeht, die den neueren wissenschaftlichen Forschungen und Erkenntnissen nicht mehr entsprechen, und daß es andererseits heute noch Entwicklungstendenzen als wirksam bezeichnet, die wohl früher eine gewisse Rolle im gesellschaftlichen Entwicklungsgang gespielt haben, heute aber erloschen sind oder durch andere Tendenzen in ihrer Wirkung ganz oder teilweise aufgehoben werden.

Über das Ziel besteht auch zwischen uns und den verschiedenen Richtungen der Unabhängigen und Kommunisten (mit Einschluß der Bolschewiki) kaum ein Unterschied. Was alle diese Parteien in theoretischer Hinsicht trennt, ist die Verschiedenartigkeit ihrer Ansichten darüber, welcher Weg zur Erreichung des Zieles einzuschlagen ist und welche Vorbedingungen zum möglichst schnellen Vordringen auf diesem Wege entwicklungs-geschichtlich gegeben sind.

Daß theoretische Programme nur einen Zweck haben, wenn sie ein Ausdruck des Erkenntnisstandes der großen Masse der Parteigenossen sind, gibt denn auch, obgleich er gegen meine Forderung der vorläufigen Beschränkung auf ein Aktionsprogramm polemisiert, der Verfasser des Artikels »Zur Programmfrage« in Nr. 362 des »Vorwärts« (vom 21. Juli) zu. Er sagt wörtlich:

So sinnlos ein rein theoretisches Programm wäre, aus dem nicht zu ersehen ist, was die Partei eigentlich will, so unvollkommen wäre ein »Aktionsprogramm«, das die gemeinsamen Forderungen der Partei wiedergibt, ohne zugleich einen Ausdruck zu finden für die allgemeinen Grundanschauungen, aus denen diese Forderungen erstlehen. Mit Vorbedacht legen wir den Ton auf das Wort »allgemein«, denn es kann nicht die Aufgabe eines Programms sein, die Millionen der Parteil Anhänger auf wissenschaftliche Urteile zu verpflichten, die der wissenschaftlichen Kritik unterliegen. Insofern enthält das Erfurter Programm, das sicher eine große historische Leistung ist, einen aus den Zeitumständen verständlichen Konstruktionsfehler: man kann sämtliche Forderungen des zweiten Teils akzeptieren, ohne mit dem ersten Teil übereinzustimmen. Man kann auch die Parteizugehörig-

keit auf keinen Fall davon abhängig machen, daß sich jemand mit einer bestimmten Auffassung über die Eigentumsform bei den Uroblakern einverstanden erklärt.

Das theoretische Programm und das Aktionsprogramm gehören also zusammen; das zweite kann nur das logische Ergebnis des ersten sein. Das theoretische Programm muß aber so gehalten sein, daß sich in ihm die Gesinnungsgemeinschaft der in der Partei organisierten Massen tatsächlich widerspiegelt; es darf nichts enthalten, was für viele der Parteigenossen nur ein Glaubensbekenntnis wäre, zu dessen Nachprüfung ihr wissenschaftliches Rüstzeug nicht ausreicht.

Damit kann ich mich einverstanden erklären. Nur ist diese Gemeinschaft der Grundanschauungen, die der Verfasser verlangt, infolge der inneren Umwandlung, die unsere Partei in den letzten Jahren erfahren hat, zurzeit nach meiner Ansicht nicht vorhanden.

Vereinzelt ist in unserer Parteipresse sogar gefragt worden, ob es in Anbetracht der heutigen politischen Verhältnisse nicht besser sei, mit der Ausarbeitung eines Aktionsprogramms noch etwas zu warten. Auch der Herausgeber des Programmbuchs, Genosse Adolf Braun, wirft die Frage auf: »Ist heute der Zeitpunkt für Formulierung der Forderungen einer Partei des klassenbewußten Proletariats gekommen?« Und er antwortet: »Wer diesen Band in die Hand nimmt, könnte leicht annehmen, daß diese Frage unbedingt bejaht werden muß; aber selbst in diesem Bande regen sich Zweifel, ob sich die Formulierung der programmatischen Forderungen der Partei jetzt empfiehlt.

Zu verstehen ist durchaus, daß an mancher Stelle solche Zweifel auftauchen, doch tritt das Verlangen nach einem neuen Programm in unseren Parteiorganisationen so dringend hervor, daß ihm Rechnung getragen werden muß; und da sich über die heutigen praktischen Forderungen unzweifelhaft viel leichter eine Übereinstimmung erzielen lassen wird als über die theoretischen Anschauungen, dürfte bald dem Gothaer Programm aus dem Jahre 1875 und dem Erfurter Programm aus dem Jahre 1891 ein neues Parteiprogramm folgen. Freilich, der Kasseler Parteitag wird und kann nicht schon ein neues Programm beschließen. Aller Voraussicht nach wird er zunächst eine Kommission einsetzen und von dieser schnellste Arbeitsleistung fordern.

Das vom Parteivorstand veröffentlichte Programmbuch bietet für die Beratungen dieser Kommission gute, brauchbare Vorarbeiten. Es ist selbstverständlich, daß in ihm verschiedenartige Ansichten hervortreten und die einzelnen Fragen von den Mitarbeitern je nach ihrer Stellung im politischen Leben von verschiedenen Gesichtspunkten aus behandelt werden; doch im ganzen zeigt sich eine bemerkenswerte sachliche Übereinstimmung in den Gedankengängen. Man gewinnt den Eindruck, daß die geistigen Führer unserer Partei immer mehr dahin gelangen, die Einzelfragen unseres politischen Lebens im Rahmen des sozialen Gesamtentwicklungsverlaufs zu betrachten. Zeigt sich auch noch hin und wieder eine gewisse Neigung zu Illusionen und zur Utopistik, so spricht doch aus den meisten Artikeln der Geist ernster realpolitischer und kritischer Erwägungen. Der Umlernungsprozeß in unserer Partei, das Herausstreben aus der altüberlieferten Phraseologie und Dogmatik macht doch Fortschritte — ohne daß sich deshalb eine Umbildung unserer Partei in der Richtung zu einer bürgerlichen Reformpartei vollzöge.

Nur in den Aufsätzen, die die Genossen Robert Schmidt und Rudolf Wissell über die Wirtschaftspolitik beigezeichnet haben, zeigt sich vielfach eine

stark voneinander abweichende Auffassung des nächsten wirtschaftlichen Entwicklungsganges und der im Interesse der Arbeiterschaft zu befolgenden Wirtschaftspolitik. Robert Schmidt hält an der Auffassung einer baldigen Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum mittels fortschreitender Sozialisierungen beziehungsweise Verstaatlichungen fest. Die Wissellsche Planwirtschaft erscheint ihm als »ein sehr kompliziertes Gebilde organisatorischer Spintifiziererei«, als eine »schwerfällige, utopistische Organisationsidee, die gegen das sozialistische Programm verstößt« und der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung kaum Abbruch tut. Wissell hält dagegen die Planwirtschaft für eine notwendige Übergangsform zur sozialistischen Wirtschaftsweise, da die Arbeiterschaft infolge der ihr mangelnden theoretischen Vorbildung sowie des »Mangels an Kenntnissen und Leistungsvermögen betriebstechnischer, organisatorischer und kaufmännischer Art« außerstande sei, die Führung der Produktion in die Hand zu nehmen. Man müsse daher, wie er meint, zunächst zu wirtschaftlichen Organisationen greifen, die das Heranreifen einer sozialistischen Wirtschaftsweise im Schoße der kapitalistischen Wirtschaftsform begünstigen und zugleich dem Arbeiter die Gelegenheit zu einer fachlichen Ausbildung bieten, welche die Arbeiterklasse zur eigenen Wirtschaftsführung und damit zur Sozialisierung der Wirtschaftsbetriebe reif macht.

Als Endziel will Genosse Wissell ebenfalls die Überführung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln in Gemeinbesitz. Auch hier ist das Ziel das gleiche, wohl aber weichen die Ansichten darüber, welcher Weg zum Ziele führt, beträchtlich voneinander ab.

Von verschiedenen Seiten wird gefordert, daß die Partei nicht die Aufstellung eines neuen Gesamtkaktionsprogramms betreibt, sondern für die einzelnen Gebiete politischer Tätigkeit besondere Programme ausarbeitet. Programme, nicht Programm! sei die Losung. Besonders haben die Genossen Lohmann und Heller im »Vorwärts« (Nr. 453 und 456) diese Ansicht vertreten. Lohmann meint:

Die Not der Zeit fordert von uns nicht programmatische Erklärungen, sondern praktische Arbeit. Die an sich unerläßliche Neugestaltung unseres Parteiprogramms drängt nicht, um so dringlicher brauchen wir Richtlinien für die Bewältigung unserer nächsten Aufgaben. Darin sind sich die in dem Programmband zusammengestellten Gutachten — bei aller Verschiedenheit in der Stellungnahme zu den hier vorliegenden Problemen — im großen und ganzen einig. . .

Offen bleibt nur die Frage, ob uns und unserer Partei für die praktische Lösung der nächsten Aufgaben mit einem allgemeinen Aktionsprogramm gedient ist, das die vorläufigen Ziele sozialdemokratischer Gegenwartarbeit in großen Linien umreißt. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Tausende von Parteigenossen, die auch nach unserem Ausscheiden aus der Reichsregierung heute noch an verantwortungsvoller Stelle in der Verwaltung der Länder und Gemeinden stehen, vor allem Kleinarbeit zu leisten haben; es gilt für sie, ganz spezielle Einzelfragen mit den zurzeit verfügbaren beschränkten Mitteln so zu lösen, daß wir unsere letzten Ziele dabei trotz allem im Auge behalten und die Wege zu diesen Zielen nach Möglichkeit ebnen. Hier fehlt es an Richtlinien, um diese Arbeit überall nach gemeinsamen Grundsätzen und im gleichen Sinne zu leisten.

Deshalb schlägt Lohmann vor, daß der Parteitag nicht eine einzige Kommission mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Aktionsprogramms betraut, sondern eine ganze Reihe von Sonderkommissionen einsetzt, die über

die verschiedenen heute im Vordergrund des politischen und wirtschaftlichen Interesses stehenden Einzelfragen gesondert beraten und eine Anzahl ausführender Spezialaktionsprogramme ausarbeiten, zum Beispiel kommunalpolitische, schulpolitische, wirtschaftspolitische, steuerpolitische, siedlungspolitische Programme usw. Die Aufstellung eines allgemeinen Aktionsprogramms, eines »Reichsaktionsprogramms«, wenn man so sagen darf, hat nach seiner Ansicht noch Zeit.

Lohmann geht meines Erachtens von der ganz richtigen Ansicht aus, daß die Partei für die ihrer auf den verschiedenen Gebieten politischer Tätigkeit harrenden Aufgaben Richtlinien und programmatische Wegweiser bedarf, kommt aber, indem er seine Forderung zu der Frage »Programm oder Programme?« zuläßt, zu einer falschen Folgerung. Nötig ist zunächst ein allgemeines Aktionsprogramm für die Gesamtpartei und erst im Anschluß daran, gewissermaßen in weiterer Ausführung der von diesem Hauptprogramm aufgestellten allgemeinen Richtlinien, Spezialprogramme für die einzelnen Sondergebiete und, wie ich gleich hinzufügen möchte, auch für die einzelnen Gliedstaaten und Landesteile; denn die Aufstellung von Spezialprogrammen für das Gesamtgebiet des Deutschen Reiches ist in vielen Fällen völlig zwecklos, da die gesellschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Landesteilen vielfach ganz verschiedenartig gelagert sind und sich deshalb dort auch für unsere Partei verschiedenartige Aufgaben ergeben. Was soll zum Beispiel ein ausführliches Spezial-Agrarprogramm für das ganze Deutsche Reich, wenn die agrarischen Verhältnisse so völlig verschiedener Art sind, wie zum Beispiel in Württemberg und Mecklenburg, in Oberbayern und Ostpreußen? Was soll ferner die Aufstellung eines Wohnungsprogramms für das ganze Reich, wenn nicht nur in dessen einzelnen Gegenden, sondern auch in den industriellen Großstädten, den Kleinstädten und Landgemeinden sowie in den Bergwerksrevieren und kleinbäuerlichen Waldgebieten die Wohnungsverhältnisse grundverschieden sind?

Ist das aber richtig, so kann auch nicht von einer Zentrale aus für alle diese verschiedenen Landesteile ein einheitliches Spezialprogramm aufgestellt werden. Die Ausarbeitung der gewünschten Sonderprogramme muß daher den einzelnen Landes- und Provinzialparteien vorbehalten bleiben, wobei diese selbstverständlich nicht ganz nach Belieben oder lokalen Agitationsbedürfnissen die gegensätzlichsten Forderungen aufstellen dürfen, sondern sich im Rahmen der von dem allgemeinen Aktionsprogramm gezogenen Richtlinien zu halten haben.

Die Gefahr, daß der Parteitag von der Aufstellung eines allgemeinen Aktionsprogramms absteht und eine Reihe von Sonderkommissionen zur Ausarbeitung von allerlei Spezialprogrammen einsetzt, ist denn auch kaum zu befürchten; viel größer ist die Gefahr, daß in das allgemeine Programm allerlei Einzelregelungen und Einzelforderungen hineinbugsiert werden und dieses dadurch dermaßen ausgedehnt und mit Einzelnormen belastet wird, daß sich die meisten Parteimitglieder in dem Gemengel nicht mehr zurechtzufinden vermögen. Parteiprogramme sind wertlos, wenn sie derart beschaffen sind, daß sie der Masse der Parteigenossen als geheimnisvolle Machwerke sachverständiger Ausarbeiter erscheinen, und jene, die sich zu unserer Partei zählen und bei den Wahlen für uns stimmen, erst an der Hand von

weitläufigen Kommentaren in die Programmsätze einzubringen vermögen. Parteiprogramme sind nicht nur für die Parteiparlamentarier da, um ihnen als Leitfaden und Wegweiser bei ihren parlamentarischen Arbeiten zu dienen, sondern sie sollen der großen Masse, auch jener Masse, die noch nicht zu uns gehört, die wir aber gewinnen möchten, zeigen, was wir erstreben. Deshalb muß meines Erachtens jedes Programm sich auf die Hauptforderungen beschränken, und diese in einer möglichst knappen, klaren, eindringlichen Fassung aussprechen. Die Programmsätze sollen, wie Engels in dem an die Spitze dieses Artikels gestellten Zitat aus seiner Kritik des Erfurter Programms mit Recht fordert, zu fest im Gedächtnis der Parteigenossen haften den Schlagworten werden. Mehr oder weniger nebensächliche Sonder- und Einzelforderungen gehören in die Sonderprogramme.

Agrarprogrammatische Vorschläge sind leider auf die Aufforderung des Parteivorstandes nicht eingegangen und deshalb auch nicht im Programm-buch enthalten. Um trotzdem dem Parteitag in Kassel Richtlinien für ein Agrarprogramm vorlegen zu können, hatte vor kurzem der Parteivorstand zehn Sachverständige aus den Reihen unserer Partei zu gemeinsamer Beratung eingeladen. Diese Konferenz hat sich in richtiger Erkenntnis ihrer Aufgabe darauf beschränkt, nicht sofort den Entwurf eines Aktionsprogramms auszuarbeiten, sondern zunächst allgemeine Richtlinien für ein solches Programm zu ziehen; im ganzen zwanzig Sätze, denen man im allgemeinen zustimmen kann, wenn auch meines Erachtens die Sozialisierungsforderungen in einigen Punkten zu weit gehen — vielleicht nicht an sich, aber in Anbetracht unserer jetzigen Wirtschafts- und Finanzlage. Verschiedene dieser Forderungen könnten ohne weiteres in das allgemeine Aktionsprogramm übernommen werden, andere eignen sich wegen ihres speziellen Charakters mehr als Unterlage für ein landwirtschaftliches Spezialprogramm.

Im wesentlichen sind also die Vorarbeiten für eine nützliche Arbeit des Parteitags und der von ihm einzusetzenden Programmkommission getroffen. Ihr wird die Hauptarbeit zufallen, damit möglichst bald der Entwurf des gewünschten allgemeinen Aktionsprogramms der Kritik der Gesamtpartei unterbreitet werden kann.

Aus früheren Kampftagen

Von H. Molkenbuhr

Ein Siegesfest feierte die deutsche Sozialdemokratie am 1. Oktober 1890, weil am Tage vorher das Sozialistengesetz erloschen war. Das Verschwinden dieses Schandstücks der Gesezmacherei weckte große Hoffnungen in den Reihen der Arbeiter, daß nun die Bahn frei sei für den Siegeslauf des Proletariats. Mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes war eine Periode abgeschlossen, in der alle Machtmittel des Staates eingesetzt wurden zur Vernichtung der Sozialdemokratie. Der Vernichtungskrieg begann, als die Sozialdemokratie noch keine politische Macht war. Freilich mochte man in dem Anwachsen der Partei eine Gefahr für den kapitalistischen Junker- und Polizeistaat erblicken. War doch die Stimmenzahl für sozialdemokratische Kandidaten von 123 975 im Jahre 1871 auf 351 952 im Jahre 1874 gestiegen.